

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuß

51. Sitzung

am Mittwoch, dem 22. April 1998, 14:00 Uhr

im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Ursula Kähler (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

in Vertretung von Bernd Schröder

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Meinhard Füllner (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Justizministeriums über Kostendämpfung im Bereich der Gesundheitsvorsorge in Schleswig-Holstein	5
2. Wahl der Vertrauensleute sowie ihrer Vertreterinnen und Vertreter für den Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Schleswig-Holsteinischen Finanzgericht	6
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. Drucksache 14/1126	
3. a) Wohnungsmarktbeobachtungen für Schleswig-Holstein	7
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/783	
b) Bericht über die aktuelle Wohnungssituation in Schleswig-Holstein	
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1348	
4. Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung von Unternehmen des Landes	8
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1064	
5. Dauer gerichtlicher Verfahren	9
Schreiben des Eingabenausschusses vom 17. März 1998 Umdruck 14/1710	
6. Landesgesetzliche Regelung zum vorbeugenden Brandschutz/ Änderung der Landesbauordnung	10
Schreiben des Eingabenausschusses vom 24. März 1998	
7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.)	11
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1353	
8. Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbe-	12

reich

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1371

9. Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein 13

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1373

10. Erstattung des Landes zu den Jugendhilfekosten 14

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1295

11. Verfassungsschutzbericht 1997 15

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1350

12. Verschiedenes 16

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Justizministeriums über Kostendämpfung im Bereich der Gesundheitsvorsorge für Gefangene in Schleswig-Holstein

hierzu: Umdruck 14/1805

St Jöhnk gibt den aus Umdruck 14/1805 ersichtlichen Bericht ab.

In der folgenden kurzen Diskussion konkretisiert Frau Dr. Buck die in der JVA Kiel getroffenen Feststellungen und die seitdem eingetretene Entwicklung, nämlich eine zunehmende Angleichung an den Standard in den anderen JVA.

Im Zuge der weiteren Diskussion stellt Frau Dr. Buck fest, daß die Erkrankungs- und Behandlungssituation bei Gefangenen in schleswig-holsteinischen Justizvollzugsanstalten annähernd mit der in Krankenhäusern vergleichbar sei.

Abg. Geißler bittet um eine vergleichende Aufstellung der in den verschiedenen Bundesländern entstandenen Ausgaben im Bereich der Gesundheitsvorsorge pro Hafttag der letzten fünf Jahre.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Wahl der Vertrauensleute sowie ihrer Vertreterinnen und Vertreter
für den Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und
Richter bei dem Schleswig-Holsteinischen Finanzgericht**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
F.D.P.

Drucksache 14/1126

hierzu: Umdrucke 14/1435, 14/1704 und 14/1816

Der Ausschuß wählt einstimmig die aus den Umdrucken 14/1704 und 14/1816 zu
ersehenden Vertrauensleute und ihre jeweiligen persönlichen Vertretungen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Wohnungsmarktbeobachtungen für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/783

(überwiesen am 12. Juni 1997 an den Innen- und Rechtsaus-
schuß)

**b) Bericht über die aktuelle Wohnungssituation in Schleswig-
Holstein**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1348

(überwiesen am 27. März 1998 an den Innen- und Rechtsaus-
schuß zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuß kommt überein, zu dem vorliegenden Themenbereich Nachfragen zu stellen und das Ministerium zu bitten, schriftlich insbesondere zum Tagesordnungspunkt 3 a zu berichten. Nach Vorlage dieses Berichts werden die Gutachterin und die Ministerin gebeten, im Rahmen einer Ausschußsitzung zu einem Gespräch zur Verfügung zu stehen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung von Unternehmen des Landes

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1064

(überwiesen am 7. November 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß
und den Wirtschaftsausschuß)

hierzu: Umdruck 14/1545

Abg. Schlie weist auf die Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Energie hin, in der rechtliche Bedenken formuliert werden.

Auch Abg. Kubicki artikuliert rechtliche Bedenken. Er beantragt, den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages mit einer entsprechenden rechtlichen Prüfung des Anliegens zu betrauen. - Der Ausschuß nimmt diesen Antrag an und bittet den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages, eine Stellungnahme so rechtzeitig anzufertigen, daß eine Beratung des Innen- und Rechtsausschusses der nächsten Sitzung möglich ist.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Dauer gerichtlicher Verfahren

Schreiben des Eingabenausschusses vom 17. März 1998
Umdruck 14/1710

St Jöhnk gibt eine kurze Stellungnahme zu dem hier in Rede stehenden Einzelfall ab, die - wie er berichtet - auch gegenüber dem Eingabenausschuß abgegeben worden ist. Er bewerte diesen Fall dahin, daß es Anlaß zu Kritik in diesem konkreten Fall nicht gebe. Im übrigen habe das Ministerium so gut wie keine Möglichkeit, auf Verfahren Einfluß zu nehmen. In diesem Zusammenhang vertritt er nachdrücklich die Auffassung, daß die Ausstattung des Verwaltungsgerichts sowohl in personeller als auch in sächlicher Hinsicht zumindest ausreichend sei.

Abg. Geißler bittet um folgende Aufstellung: Überblick über die durchschnittlich besetzten Richterstellen beim Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht, Überblick über die Erledigungszeiten bei Eilverfahren und Hauptsacheverfahren beim Verwaltungsgericht und OVG sowie in anderen Bundesländern, jeweils bezogen auf die vergangenen fünf Jahre.

Auf Nachfragen des Abg. Kubicki legt St Jöhnk dar, in dem angesprochenen Verfahren sei zwischenzeitlich eine Entscheidung ergangen. Er betont, daß er die Personalausstattung für ausreichend halte, und zwar insbesondere vor dem Hintergrund der Einführung entlastender Bestimmungen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Landesgesetzliche Regelung zum vorbeugenden Brandschutz/
Änderung der Landesbauordnung**

Schreiben des Eingabenausschusses vom 24. März 1998
Umdruck 14/1726

Der Vorsitzende schlägt vor, das Innenministerium um eine schriftliche Stellungnahme zu dem in der Petition unterbreiteten Thema zu erbitten und regt an, das Thema in die im Herbst anstehenden Beratungen zur Änderung der Landesbauordnung einfließen zu lassen. - Der Ausschuß erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1353

(überwiesen am 25. März 1998 an den Innen- und Rechtsausschuß)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuß beschließt auf Antrag des Abg. Schlie, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden wird gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses bis zum 28. April 1998 benannt werden. Als Termin bis zu dem die Stellungnahmen vorliegen sollen, wird der 15. Juni 1998 festgelegt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1371

(überwiesen am 25. März 1998 an den Wirtschaftsausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

Der Ausschuß beschließt auf Antrag von Abg. Puls, die kommunalen Landesverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu ersuchen. Als Termin, bis zu dem die Stellungnahme vorliegen soll, wird der 15. Juni 1998 festgelegt.

Des weiteren empfiehlt der Innenausschuß dem federführenden Wirtschaftsausschuß, die inhaltliche Beratung des Antrags nach Vorliegen der vom Innen- und Rechtsausschuß angeforderten Stellungnahme in einer gemeinsamen Sitzung durchzuführen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Umsetzung der Agenda 21 in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1373

(überwiesen am 26. März 1998 an den Umweltausschuß, den Sozialausschuß, den Wirtschaftsausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Agrarausschuß)

Der Ausschuß beschließt auf Antrag von Abg. Puls, die kommunalen Landesverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu ersuchen. Als Termin, bis zu dem die Stellungnahme vorliegen soll, wird der 15. Juni 1998 festgelegt.

Des weiteren empfiehlt der Innenausschuß dem federführenden Umweltausschuß, die inhaltliche Beratung des Antrags nach Vorliegen der vom Innen- und Rechtsausschuß angeforderten Stellungnahme in einer gemeinsamen Sitzung durchzuführen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Erstattung des Landes zu den Jugendhilfekosten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1295

(überwiesen am 27. März 1998 an den Sozialausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

Der Ausschuß beschließt auf Antrag von Abg. Puls, die kommunalen Landesverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu ersuchen. Als Termin, bis zu dem die Stellungnahme vorliegen soll, wird der 15. Juni 1998 festgelegt.

Des weiteren empfiehlt der Innenausschuß dem federführenden Sozialausschuß, die inhaltliche Beratung des Antrags nach Vorliegen der vom Innen- und Rechtsausschuß angeforderten Stellungnahme in einer gemeinsamen Sitzung durchzuführen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verfassungsschutzbericht 1997

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1350

(überwiesen am 27. März 1998 an den Innen- und Rechtsausschuß zur abschließenden Beratung)

Im Mittelpunkt der Diskussion steht das von Abg. Kähler angesprochene Thema „Zunehmende Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen“ sowie ihre Anregung, zu diesem Thema eine fraktions- und fachübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Auftrag zu bilden, ein Konzept zu erarbeiten, auf welche Art und Weise der angesprochenen Problematik begegnet werden kann.

In diesem Zusammenhang wirft Abg. Kähler auch die Frage nach der Rechtslage und der Situation hinsichtlich der rechtsstaatlichen Verfolgung von Verlegern und Produzenten von extremistischem Gedankengut auf. - MR Dr. Wegener führt dazu aus, den Strafverfolgungsbehörden seien durch Rechtsetzung und Rechtsprechung des BGH (Stichwort: Sozialadäquanz) enge Grenzen gesetzt. - Der Wissenschaftliche Dienst des Landtages wird gebeten, zu der aufgeworfenen Frage eine Stellungnahme abzugeben.

Der Ausschuß empfiehlt den Fraktionen, über den von Abg. Kähler vorgetragenen Vorschlag zur Bildung einer interfraktionellen und fachübergreifenden Arbeitsgruppe in eine Diskussion einzutreten.

Der Ausschuß nimmt sodann den Verfassungsschutzbericht 1997 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuß nimmt eine Änderung seiner Terminplanung vor; er verlegt die für den 17. Juni 1998 vorgesehene Sitzung auf den 24. Juni 1998.

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, schließt die Sitzung um 15:50 Uhr.

gez. Maurus

Vorsitzender

gez. Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin